

f. J. nach Petersburg telegraphirt hat, am 27. Januar einzutreffen hoffte. Bisher ist die Verlegung des russischen Hauptquartiers aber noch nicht als vollzogen gemeldet worden. Nach einer Depesche des „S. T. B.“ aus Baruta, 27., sind in Osmanbazar russische Truppen eingerückt und ist dort sofort russische Verwaltung eingesetzt worden. — Nach einem Telegramm des „N. B. Tageblatt“ aus Belgrad vom 27. besetzte General Horvatic nach dreitägigem blutigem Kampfe das Defilee von Ratschanik an der Eisenbahn zwischen Prischina und Uslub.

— Berlin. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ resumirt den Verlauf der Sitzung des englischen Parlaments am 25. Januar und fügt hinzu: Wir konstatiren diesen Abschluß der englischen, ebenso schnell beendeten wie begonnenen Interventionsepisode mit hoher Befriedigung, um so mehr, als dieselbe dazu beitrug, das unerschütterliche Einvernehmen der Dreikaiserermächte zu konstatiren. Die Loyalität Rußlands, das mit dem befreundeten Oesterreich-Ungarn über jeden beabsichtigten oder nothwendigen Schritt in steter Fühlung blieb, und das unerschütterliche Beharren Oesterreich-Ungarns in der seit Jahren eingeschlagenen Orientpolitik haben auch in dieser Phase der Krisis alle Machinationen zum Scheitern gebracht, welche direkt oder indirekt auf eine Erschütterung des Dreikaiserbundes, der wirksamsten Bürgschaft des europäischen Friedens, abzielten.

— Der dem Bundesrath zugegangene Gesetzesentwurf, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, beruht auf einer Denkschrift, welche Fürst Bismarck wenige Tage nach Neujahr an den Kaiser einsandte. Bekanntlich hatte der Reichskanzler im vorigen Frühjahr sich vorbehalten, dem Kaiser diejenigen Modalitäten zu bezeichnen, unter welchen er bereit sein werde, sein schwieriges Amt wieder zu übernehmen. Jene Denkschrift des Fürsten Bismarck war seine erste Aeußerung über diese Angelegenheit. Der Entwurf selbst aber hat den Staatssekretär Dr. Friedberg zum Autor, welcher sich mit dem Abgeordneten Basker über die Hauptbestimmungen vorher benommen haben soll; derselbe lautet folgendermaßen: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen verordnen im Namen des Deutschen Reiches und nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages: Die durch die Verfassung und Gesetze des Reiches dem Reichskanzler übertragene Leitung in der Verwaltung, Beaufsichtigung und Bearbeitung von Reichsangelegenheiten so wie die zur Gültigkeit der Anordnungen und Verfügungen des Kaisers nothwendige Gegenzeichnung des Reichskanzlers können durch Stellvertreter wahrgenommen werden, welche der Kaiser auf Antrag des Reichskanzlers für Fälle der Behinderung desselben aus anderen Mitgliedern des Bundesrathes allgemein oder für einzelne Amtszweige erneuert.“ Natürlich bildet der Gesetzesentwurf den Hauptstoff der Diskussion in parlamentarischen Kreisen. Sowohl rechts als links ist man der Ansicht, daß dieses Gesetz, falls es nicht eine Aenderung erfährt, geradezu die Diktatur des Reichskanzlers sanktionirt. Man ist der Ansicht, daß nach der Ratifikation des Gesetzes durch den Reichstag Herr v. Bennigsen zum preussischen Staatsminister und zum Mitglied des Bundesrathes ernannt und ihm vornehmlich die Stellvertretung des Reichskanzlers und die Kontratsignatur übertragen werden wird. Der Entwurf zielt offenbar darauf ab, auch ohne eine Verfassungsänderung der Sache nach das zu bekommen, was man sonst ein Reichsministerium nennen würde, das aber ohne eine schwer zu erlangende Verfassungsänderung nicht zu beschaffen wäre. In dem Entwurf wird die Ernennung solcher Stellvertreter mit der „Behinderung“ des Reichskanzlers motivirt. Höchst wahrscheinlich würde aber diese Behinderung eine dauernde sein, so daß der Reichskanzler dann für seine ganze Amtsführung einen Vizekanzler und daneben noch eine Anzahl selbstständig contrafirmirender Stellvertreter (Reichsminister) in den einzelnen Reichskammern haben würde. Darüber, ob der Reichskanzler dann berechtigt ist, jeden Augenblick für jede Stellvertretung zu erklären, daß er nicht mehr behindert sei, und der Kaiser dann den betreffenden Stellvertreter entlassen müsse, sagt der Entwurf nichts. Es mag ja dieser Ausdruck „Behinderung“, namentlich da er schon einmal im Verfassungsgesetz gebraucht ist, der unverfänglichste sein, mit welchem eine Verfassungsänderung zu umgehen ist; allein es wird hernach doch nöthig werden, denselben gehörig näher zu bestimmen. Denn sonst würden diese Stellvertreter eine sehr unangenehme Stellung bekommen, wenn der Reichskanzler jeden Augenblick jedem von ihnen erklären könnte: ich bin nicht mehr behindert, ich bedarf Deiner Stellvertretung nicht mehr, Du kannst gehen. Selbstständige Männer würden sich schwerlich zur Uebernahme einer solchen Stellung bereit finden lassen, und dem Reichskanzler würde dadurch eine Willkür in die Hand gelegt, welche in einem geordneten Staate schwerlich zulässig sein dürfte. Aber es erscheint uns überhaupt zweifelhaft, ob auf Grund der Behinderungs-Erklärung des Reichskanzlers dauernde Reichskammern begründet werden können; denn die Gründung von Reichskammern ist im Reiche jedenfalls Sache des Bundesrathes, dem die Executive im Reiche zusteht, wenn auch der Kaiser die Beamten für dieselben zu ernennen hat, und des Reichstages, welcher jedenfalls seine Zustimmung zu den für solche Aemter nöthigen Geldmitteln geben muß. Wenn man auch die Nothwendigkeit einer Arbeits- und Verantwortlichkeits-Entlastung des Reichskanzlers vollständig anerkennt, so scheint es uns doch noch zweifelhaft, ob der vorliegende Entwurf, welcher Alles auf die Behinderungs-Erklärung des Reichskanzlers stellt und die Stellvertreter also in sehr große Abhängigkeit von ihm setzt, die allgemeine Zustimmung finden wird.

— Wie man der „Wes. Btg.“ meldet, haben sich die Ausschüsse

des Bundesrathes mit großer Majorität dem Antrage Preußens wegen Erhöhung der Tabaksteuer angeschlossen, nachdem konstatiert worden, daß der Gesetzesentwurf weder die Einführung des Monopols zu präjudiziren noch dieselbe vorzubereiten bestimmt sei.

— Die Gefühle des Vatikan, schreibt die „Tribüne“, sind sehr stark in Aufruhr versetzt durch — den „Kuß des deutschen Kronprinzen“. Es ist der Kuß, den der Sieger von Weißenburg und Wörth auf die Wangen des jungen Prinzen von Neapel gedrückt hat, als er ihn auf dem Balkon des Quirinals dem jubelnden Volke zeigte, was dem Vatikan einen Schmerz bereitet hat, den man achten dürfte, wenn er sich nicht in so niedriger Weise äußerte, wie in der „Voce della Verita“. Dieselbe schreibt eine ganze Geschichte des Küßens, die in den Kuß des Judas ausläuft. Dem gegenüber erzählt der römische Korrespondent der „R. Btg.“ wie zufällig und ganz ohne absichtliche Inszenirung die Sache gekommen ist. Unser Kronprinz, der sich noch in den vom Plage weit zurückliegenden Gemächern des Quirinals bei der königlichen Familie befand, als die Ceremonienmeister meldeten, daß das vor demselben versammelte Volk sein Königspaar zu sehen begehre, war anfangs durchaus nicht Willens gewesen, das letztere auf den Balkon zu begleiten. Nur auf dringendes Bitten von Humbert und Gemahlin trat er mit denselben hervor und sah neben sich den in der Aufregung von den Eltern nicht beachteten kleinen Erbprinzen vergeblich an der Brüstung zappeln, um über dieselbe hinüberzuschauen. Da erbarmte er sich des Kleinen und nahm ihn auf seine Arme, — der zukünftige Kaiser des deutschen Reiches den zukünftigen König von Italien, nur der fast instinktive Akt eines väterlichen und kinderfreundlichen Gemüths ward unbeabsichtigter Weise zum bedeutungsvollen Symbol.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock. Wir erhalten von einem Erzgebirger, der seinen Wohnsitz zur Zeit in Riesa a. Elbe hat, Folgendes mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt: Ein kleiner Theil unseres Vaterlandes, das obere Erzgebirge, dessen Bewohner ein biederes, fleißiges Völkchen, welches nur mit äußerster Anstrengung der kargen Erdscholle die nothdürftigsten Lebensmittel abringen kann, sind in der Hauptsache darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt in mannigfachen industriellen Erzeugnissen zu suchen. Genügsam und bescheiden in ihren Ansprüchen, haben sie bis noch vor 30 Jahren keine anderen Bedürfnisse und Lebensstellungen gekannt, als die ihrer Väter, Groß- und Urgroßväter. Doch die Zeit des Dampfes und des Blitzes begann, — rings herum dehnte und reckte es sich, — Eisenstraßen wurden angelegt — Dampffesseln wuchsen aus der Erde — die Speculation wühlte in der Muttererde und brachte aus der Tiefe des Schachtes, den schwarzen Diamant, um damit die gewaltigen Feuerflände zu sättigen; — die allgemeine Konkurrenz begann ihre Fühlhörner nach allen Seiten hin auszustrecken, Alles umfaßte sie mit ihren Polypen-Armen; wehe dem, den sie umschlang, nur Capital und Intelligenz konnte ihn retten. — Die Bewohner dieses Stückes schöner sächsischer Erde haben nur zu bald erkannt, daß sie über kurz oder lang diesem Moloch zur Beute anheimfallen, und haben deshalb bereits vor 22 Jahren die Orte: Schwarzenberg, Orla, Antonshütte, Breitenhof, Breitenbrunn, Steinheydel, Georgenthal, Johannegeorgenstadt, Wittigsthal, Unter- und Ober-Zugel gemeinschaftlich das Gesuch an die hohe Staatsregierung gerichtet, ihre Industrie damit zu schützen, daß man sie in das vaterländische Eisenbahnetz aufnehme. Diese gerechte Forderung wurde von Jahr zu Jahr dringender, bis endlich die Hohe Staatsregierung vor 4 Jahren die Nothwendigkeit erkannte, eine Eisenbahn von Schwarzenberg nach Johannegeorgenstadt zu erbauen und hierfür in den Haushaltplan 2 1/2 Millionen Thaler einstellte. Dieses Postulat wurde damals von der Ständeversammlung auch bewilligt. Heute sind es 22 Jahre, daß die Bevölkerung erkannte, was ihr Noth thut, heute sind es aber auch 4 Jahre, daß die Hohe Staatsregierung diese Noth anerkannte, und heute 1878 steht dieser Landestheil noch immer auf der Stufe wie vor 30 Jahren. In 3 Jahren sind es 25 Jahre, fast ein halbes Menschenleben, daß diese Staatsbürger gebeten, geseufzt und gerungen haben. Soll es vielleicht ein Vierteljahrhundert-Jubiläum der Noth werden? An die Hohe Staatsregierung sowohl, als auch an die Hohe Ständeversammlung ist nunmehr die Zeit gekommen, daß sie das, was sie vor 4 Jahren votirt haben auch baldigst ausführen. Während dieser Zeit sind Eisenbahnprojecte entstanden und ausgeführt worden, die nicht mehr Rechte besaßen, wie das von Schwarzenberg-Johannegeorgenstadt, heute bittet man nun, neue Rechte fallen zu lassen, bis alte, vor 4 Jahren geprüfte Rechte thatsächlich anerkannt und verwirklicht worden sind.

— Dresden. Nachdem die allgemein beifällig aufgenommene Ausstellung der reichen und durchgehends werthvollen Gewinne der Albertvereins-Lotterie bereits unter'm 8. Januar geschlossen wurde, sind nunmehr die Vorbereitungen zu der öffentlich stattfindenden Verloosung im Gange, die unbedingt, wie die Bekanntmachungen des Comitees besagen, mit dem 11. Februar d. beginnen wird und voraussichtlich 14 Tage bis 3 Wochen dauern dürfte, da alltäglich nicht viel über 1000 Loose gezogen werden können. Diese Verloosung, an deren Ergebnisse sich ebensoviel Hoffnungen als Erwartungen knüpfen, findet in den Sälen des alten Zeughauses statt und wird von verpflichteten Beamten geleitet, so daß dieselbe mit allen Sicherheiten umgeben ist und auch hierbei sich der strenge solide Charakter einer Lotterie kundgibt, die in allen ihren Maßnahmen als ein ausgezeichnetes Beispiel tüchtiger und gewissenhafter Geschäftsführung bezeichnet werden kann. Nach den Loosen ist gegenwärtig noch eine rege Nachfrage und ist mit

Sicher
Ziehung
der pl
angeh
Fö:ste
der Le
schlie
Schau
Währe
im Pa
auch i
mußte.
Miller
fortgef
nahm
Demou
und a
welche
Pfeife
gang
Gym
Kamm
besuche
in Bar
in Dre
schule
die Th
Realsch
184, i
202, d
stadt-
bach 2
Bauher
Leisnig
113, i
183, i
stadt-
sächs
3578
Eine m
vor ein
färben
höher
Bild d
durch
der Fr
einigt,
führte
schlag
wie ge
in glü
Auge:
G
Flehen
ihm er
währt,
und da
hatte.
dort b
junge
welch
her tri
Es ist
den ei
Bemüh
ebenfal
Marie
unschul
sie bra
lung na
wie ih
der Tr
ihren
nicht u
fältig
sein G
E
in sein
es bed